



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Der Kampf der preußischen Feudalen mit Hardenberg.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Der Kampf der preussischen Feudalen mit Hardenberg.

Hardenbergs Leben und Wirken. — Nach authentischen Quellen von F. Arndt.  
Berlin. 1864. Verlag von H. N. Sahlisch. 276 S.

Das Ministerium Altenstein war abgetreten, nachdem es, namentlich verglichen mit Steins Verwaltung, sich nach allen Richtungen hin als schwächliches, eigner Gedanken baares und zu großen Entschlüssen, wie sie die Lage des preussischen Staates forderte, unfähiges erwiesen. Nichts als kleine Mittel und kleine Künste, weder nach Außen noch im Innern ein System, die Micamber-Politik der Conjunctionen des Augenblicks, des Hoffens auf günstige Zufälle, stetes Schwanken, kein richtiges Zusammenspiel der Vorstände der einzelnen Departements, in der Verwaltung der Finanzen Leben von der Hand in den Mund, in der von Scharnhorst angebahnten Reorganisation des Heeres Stockung über Stockung, aus Scheu vor Anstoß, zuletzt noch der klägliche Vorschlag, die Franzosen durch Abtretung Schlesiens, der glorreichen Eroberung des großen Friedrich, zu befriedigen — das ungefähr war die Signatur dieses Regiments gewesen. Am 6. Juni 1810 erhielt das Ministerium seine Entlassung. An Altensteins Stelle nahm Hardenberg das Ruder des Staates in die Hand. Es war hohe Zeit, daß ein Mann von Geist und Entschlossenheit dem König als oberster Rath an die Seite trat, daß die Inconsequenz einem bestimmten System das Feld räumte. Hardenberg hat später manches gethan, was er besser unterlassen, und noch mehr unterlassen, was er besser gethan hätte, das Bild, welches die Geschichte von ihm bewahrt, ist nichts weniger als das eines Heroen; in dieser Zeit aber, seiner besten, empfand er einen Zug von einem solchen in sich, und was er damit geschaffen, ist ein Segen für Preußen geworden. Daran und an die Kämpfe, die er deshalb mit den Feudalen zu bestehen hatte, zu erinnern, mögen die folgenden Auszüge aus dem oben angezeigten Buche dienen, welches im Wesentlichen mit der Charakterschilderung, die Häusser von dem Minister der Reformen gegeben hat, zusammentrifft und dieselbe eigentlich nur durch ausführlichere Mittheilung der Details erweitert; doch mag bemerkt werden, daß das Bild des Staatskanzlers hier im Einzelnen günstiger als bei Häusser, bisweilen zu günstig aufgefaßt ist.

Die Umstände, unter denen Hardenberg nach dem tilfiter Frieden zurückgetreten war, umgaben ihn mit dem Nimbus des Patrioten, aber eben deshalb hatte ihn der König bei seiner völligen Abhängigkeit von Frankreich nicht ohne die Einwilligung Napoleons wieder an seine Seite rufen können. Diese mußte durch manchen peinlichen Schritt erkaufte werden, und erst als Hardenberg das Opfer nicht scheute, ein demüthiges Schreiben an den Kaiser zu richten und dadurch dessen Stolz zu schmeicheln, erfolgte sie. „Schon seit langer Zeit,“ hieß es in der Antwort Napoleons, „habe der Kaiser die Ansichten, welche er von dem Herrn v. Hardenberg gehegt, berichtet. S. M. habe durchaus nichts gegen die Wahl desselben einzuwenden und würde es selbst mit Vergnügen sehen, wenn ihm auch die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übertragen würde.“

Eine andere Bedingung für seinen Wiedereintritt in den preussischen Staatsdienst hatte Hardenberg selbst gestellt. Er verlangte größere Vollmachten. Der König bewilligte ihm diese, und so trat er als Staatskanzler die oberste Leitung sämmtlicher Angelegenheiten an. Er war seinen früheren Ansichten über Staatsverwaltung treu geblieben, und so waren auch die Rathschläge, die er dem König erteilte, im Wesentlichen die früheren. Er hatte vor seinem Amtsantritt eine Denkschrift verfaßt, in der er darlegte, in welcher Weise bisher gefehlt worden und nach welchen Grundsätzen er seinerseits zu verfahren gedenke. Vor allem tadelte er die bisherige Inconsequenz, nur aus einem festen politischen System könne Sicherheit des Staates, Credit im Auslande und Vertrauen im Innern hervorgehen. Dann erklärte er sich gegen zwei Ansichten, die damals in den leitenden Kreisen Preußens herrschten. Die eine, welche behauptete, daß große Opfer im Innern eine Unmöglichkeit seien, bezeichnete er als ein Aufgeben des Staates, die andere, welche Reformen für nicht an der Zeit hielt, erschien ihm als Irrthum. In Bezug auf jene wollte er nicht nur, daß für Zahlung der Kriegssteuern, sondern auch, daß für Verzinsung der Staatsschulden Sorge getragen würde. „Der große Mann,“ sagt er, „kann zu großen Zwecken große Anstrengungen verlangen und erhalten, während der Aengstliche zu verborgenem Ausblicken nicht das Mindeste erschwingen kann. Es ist im Innern des Landes auch noch nicht Eine große Maßregel unternommen, viel weniger durchgeführt worden, noch dauern die entsetzlichen Uebelstände fort, welche die Kräfte der Nation lähmen, noch hat man keinen Schritt gethan, ein hunscheddiges, verkehrtes Abgabensystem zu berichtigen, und doch wagt man zu behaupten, das Maximum sei bereits erreicht.“ In Betreff der Reformen im Allgemeinen war er überzeugt, daß das Bedürfniß und der Wunsch der Bevölkerung darnach ein dringender, der Augenblick dazu ein günstiger gewesen sei. Scharf rügte er das heimliche Thun und sagte in Bezug hierauf in der Denkschrift wörtlich: „So wie die Bürger der Regierung von ihrem Thun

Rechenschaft abzulegen bereit sein sollen, so soll die Regierung offen zu den Bürgern sprechen, damit eine Einigung entstehe, ohne welche niemals auch nur der geringste Erfolg möglich ist."

Nach diesen Maximen handelte er, als er die Macht dazu hatte. Zunächst forderten die zerrütteten Finanzen seine Aufmerksamkeit, und mit Rasstlosigkeit arbeitete er auf die Herbeischaffung der Kriegssteuern und die Hebung des Staatscredits hin. Eine große Anleihe im Auslande würde bei der damaligen Lage Preußens gescheitert sein, und so bot sich kein anderer Ausweg dar, als dem Volke neue Abgaben aufzulegen. Es in den Stand zu setzen, dieselben zu tragen, war Hardenbergs Meinung nach nur durch eine völlige Umgestaltung des Staatswesens, vor allem durch stärkere Belastung der Privilegirten, Hebung der unteren Classen und freie Entwicklung der Kräfte derselben möglich. Die Aceise sollte auf das platte Land ausgedehnt, die Staatsschulden fundirt und eine Nationalbank errichtet werden, Maßregeln, die Notabeln zur Prüfung vorgelegt werden sollten. Eine starke Partei am Hofe und im Lande mißbilligte diese Pläne durchaus, Hardenberg aber ließ sich dadurch nicht irre machen, sondern blieb fest, wogegen er auf die Meinung Anderer, die nicht zu jener Partei zählten, Gewicht legte und sich bereit erklärte, dieselbe zu hören und zu prüfen. Doch fand Hardenberg auch hier nicht überall das gewünschte Entgegenkommen, und namentlich Niebuhr, auf den er hauptsächlich gerechnet, trat ihm — wohl aus persönlicher Abneigung und in Vorahnung des späteren schwachen und würdelosen Verhaltens des Staatskanzlers — in schonungsloser Weise entgegen. Auch Schön theilte die hochgespannten Erwartungen nicht, mit denen Hardenbergs Eintritt in den Staatsdienst von Vielen begrüßt wurde. Dagegen erwies der König ihm unbedingtes Vertrauen, und auch Stein, dem Hardenberg seinen Finanzplan übersandt, schlug nur einzelne Veränderungen an demselben vor, die sofort Annahme fanden. Frei von Egoismus und Dünkel, erklärte der Staatskanzler Stein für seinen Minister in Finanzsachen. Indem er einen mündlichen Gedankenaustausch für nöthig hielt, veranlaßte er eine geheime Zusammenkunft mit Stein, die, als er den König auf einer Reise nach Breslau begleitete, an einem einsamen Orte an der böhmischen Grenze (wahrscheinlich am 16. September) stattfand und zu einer völligen Einigung der beiden Staatsmänner führte.

Gleich nach der Rückkunft des Staatskanzlers ergingen sodann die wichtigsten Verordnungen. Am 27. October wurde ein Edict über die Finanzen des Staates und über ein neues Abgabensystem erlassen, welches Abschaffung der Grundsteuerbefreiung und des Zunftzwanges verfügte, alle Classen der Bevölkerung gleichmäßig nach ihrem Vermögen zu den Steuern heranzog und die neuen Abgaben vorzugsweise auf die Consumtion und den Luxus legte. Am 30. October folgte ein Gesetz über den Verkauf der Domänen und die Ein-

ziehung der geistlichen nicht mit frommen Stiftungen verbundenen oder zur Unterhaltung von Schulen und Pfarreien bestimmten Güter zur Deckung der Staatsschulden. Da indeß bei den ungünstigen Zeitverhältnissen die schleunige Verwerthung dieser Güter unausführbar war, so sollte eine Zwangsanleihe auf sie ausgeschrieben und zu gleicher Zeit eine Anleihe im Auslande gemacht werden. Ferner verbieth das Edict pünktliche Verzinsung der Staatsschulden und Zahlung aller Befoldungsrückstände. Am Schlusse versprach der König möglichste Förderung des Wohles der Unterthanen durch polizeiliche und finanzielle Einrichtungen und behielt sich zu dem Ende vor, „der Nation eine zweckmäßig eingerichtete Repräsentation, sowohl in den Provinzen als für das Ganze zu geben, deren Rath wir gern benutzen werden.“ Hardenberg hatte bereits die Grundlagen entworfen, auf welchen diese Repräsentation ruhen sollte. Sie sollte eine bloß beratende sein, weil „sonst die in diesem Momente nothwendige monarchische Form leiden würde.“ Ferner stellte er die Behauptung auf, daß eine consultirende Landesvertretung keines Oberhauses bedürfe, und fügte hinzu: „unser Adel ist in seiner jetzigen Gestalt unfähig ein solches zu bilden,“ worauf es weiter hieß: „die innere Berechtigung, an einer Repräsentation theilzunehmen, beruht auf drei Grundlagen: Besitz, Einsicht, Sitten. Je mehr dieselbe auf alle drei Grundlagen basirt ist, desto vollkommener erscheint sie. Das Recht, an den ersten Wahlversammlungen theilzunehmen, darf nicht von einem großen Vermögen abhängig gemacht werden, sonst wirken die Einrichtungen nicht auf die Gemüther des Volkes und arten in aristokratische Einseitigkeit aus.“

Gewiß mußte der Staatskanzler erwarten, bei so durchgreifenden, völlig von dem Bisherigen abweichenden Maßregeln auf heftigen Widerstand zu stoßen. Auf die stürmische und fast allgemeine Opposition, die sich gegen dieselben erhob, war er nicht vorbereitet. Die verschiedensten Parteien eiferten gegen ihn. Den Franzosenfreunden, welchen er stets verhaßt gewesen, war er jetzt als vertrautester Rath des Königs, als fast uneingeschränkter Lenker des Staates doppelt zuwider, und so verunglimpften sie, in der Hoffnung, ihn dadurch vielleicht beseitigen zu können, seine Reformen nach allen Kräften. Anderen, die in der französischen Revolution nur die Raubgier der untern Classen sahen, deren Hebung und Befreiung die Maßregeln Hardenbergs im Auge hatten, erschien er als Demokrat und Jakobiner. Wieder Andere ziehen ihn der Unbeständigkeit, indem sie ihm vorwarfen, früher mehr den Grundsätzen der englischen Verfassung gehuldigt zu haben, während ihm jetzt die Beschlüsse der französischen Nationalversammlung zum Vorbild gedient zu haben schienen. Auch in den Schichten des Volkes, welchen die Verordnungen am unmittelbarsten zu Gute kamen, regte sich Unzufriedenheit, indeß größtentheils aus Beschränktheit des Urtheils, wie z. B. in Betreff der Gewerbefreiheit. Mit Recht

wurde nur Einzelnes anders gewünscht oder als völlig unpraktisch verworfen.

Die heftigste und verbissenste Opposition erfuhr der große Reformplan von Seiten der Feudalen, jener bevorrechteten Stände, die in ihrer engherzigen Selbstsucht weder den Geist der Zeit noch die Verpflichtung, dem Vaterlande Opfer zu bringen, anerkannten. Sie wollten von jeder Abgabe frei sein und nicht das Mindeste von ihren Privilegien aufgeben. Sie gingen von Ansichten aus, die schon vor drei Jahrhunderten in preussischen Landen zu Irrthümern geworden waren, von denselben Ansichten, die Polen zu Grunde gerichtet haben. Es war ein lange verhaltener Groll, der nun zum Ausbruch kam, eine Fortsetzung des einstigen Streites zwischen Fürst und Adel, der unter dem strengen und festen Regiment der letzten Hohenzollern nur geruht zu haben, nicht zum Frieden geworden zu sein schien. Noch immer bestand, so meinten die Ritter, in der preussischen Monarchie jenes „alte Recht“, nach welchem sie zwar als Vasallen ihrem Landesherrn Treue, dem Vaterlande den Schutz ihres Schwertes schuldig seien, im Uebrigen aber keinerlei Verpflichtungen hätten. Jene mittelalterlichen Privilegien, welche dem Adel völlige Freiheit und Selbstregierung auf seinem Grund und Boden zugestanden, waren nach den Worten dieser Partei noch völlig in Kraft und nur unter der Herrschaft despotischer Könige nicht mehr geachtet worden. Nun sollte ihr gutes altes Recht noch mehr beschränkt, ihnen ganz entzogen, ihr Beutel wie der des niedern Volkes in Anspruch genommen werden; ja ein Minister wagte sogar die Principien der Revolution, welche in Frankreich den Adel niedergeworfen, in Preußen als heilsam zu empfehlen und zur Geltung zu bringen. Das war empörend, und in der That glich denn auch bald die Haltung der Feudalen gegenüber den königlichen Verordnungen eher einer offenen Empörung als dem Einstehen für ein gutes Recht.

Die Mehrzahl dieser Gegner der hardenbergischen Reformen hätte sich gleichwohl mit der Zeit in das Unabänderliche gefügt. Dagegen wurde die Abneigung von Männern wie Niebuhr, sich an dem Reformwerk zu betheiligen, von nachtheiligen Folgen für das Wirken des Staatskanzlers. Gern hätte er sich mit ihnen verständigt und in einzelnen Punkten nachgegeben. Sie aber wiesen jede Annäherung von sich; vergebens mahnte Stein von seinem Exil aus zum Anschluß an die guten Absichten des Staatskanzlers, seine Rathschläge wurden nicht befolgt, Hardenberg sah sich genöthigt andere Mitarbeiter zu suchen, und die Wahl, die er traf, war nicht immer eine glückliche. Doch fehlte es ihm keineswegs an Anhängern von Tüchtigkeit der Gesinnung und Talent, und manche derselben ersetzten seiner Partei durch ihren innern Gehalt, was ihr an Zahl abging. Vor allem standen ihm Scharnhorst und Gneisenau treu zur Seite, um Preußens Kraft für den Beginn besserer Tage zu erhöhen, und

ebenso eifrige Unterstützung fand er bei vielen Männern der Wissenschaft, namentlich nachdem im Herbst 1810 die Universität zu Berlin eröffnet worden war, und so gefördert und gestützt konnte er hoffen, allem Widerstand allmählig ein Ende zu machen.

Inzwischen arbeiteten die Feudalen nach Kräften an der Beseitigung des verhaßten Reformers. Sie glaubten zu wissen, daß das neue System nur Ausdruck der Ansichten des Ministers, nicht des Königs sei. Sie erinnerten sich, welchen lebhaften Widerspruch Friedrich Wilhelm stets gegen die Grundsätze von Stein und Hardenberg erhoben, und daß sich erst nach der Katastrophe von Jena diese Principien Bahn bei Hofe gebrochen hatten. Sie durften die Hoffnung nähren, daß derselbe die Neuerungen Hardenbergs mit schwerem Herzen als nothwendiges Uebel gutgeheißen, und die Aengstlichkeit und Unentschlossenheit des Königs schien die Möglichkeit nicht auszuschließen, ihn davon zurückzubringen. Zu diesem Zweck entwarfen sie erschreckende Bilder von der Zukunft, welche die Reformen des Staatskanzlers dem König in dem Lande drohten. Außerdem verfolgten sie Hardenberg persönlich mit den gehässigsten Ausfällen. Einer der Ritter schrieb ihm unter Anderm: „Die Urheber solcher Ideen, wie der erwähnten Freizügigkeit zum Grunde liegen, sind Catilinas, die den König und den Adel ermorden werden. Der König muß die Bürger und Bauern, welche den Staat umstürzen wollen, durch den hohen Adel in Ordnung bringen und zu dem Zwecke dessen sämtliche Real- und Personal-Privilegien sowie das ausschließliche Recht auf Staatsämter bestätigen und erhalten.“

Hardenberg blieb unbeirrt bei seiner Richtung. Er berief im Frühjahr 1811 eine Versammlung von Notabeln nach Berlin, um derselben die neuen Verordnungen vorzulegen. Am 23. Februar wurde dieselbe eröffnet. „Der König,“ sagte er in der bei dieser Gelegenheit von ihm gehaltenen Rede, „fordert nicht bloß Gehorsam; er wünscht die Ueberzeugung bei Ihnen hervorzubringen, daß die Opfer, welche er höchst ungern von Ihnen fordert, zur Rettung und Erhaltung des Ganzen höchst nothwendig sind, des Ganzen, von dem das Heil des Einzelnen abhängt.“ Sodann besprach er die Finanzen, die neuen Abgaben und die verheißene Repräsentation. In Betreff der letzteren bedauerte er, daß sie wegen der Kürze der Zeit noch nicht habe zu Stande gebracht werden können, obwohl dringend Abhilfe nöthig sei. Da durch Berathung mit den Provinzialständen die wahre Meinung des Volkes nicht zu Tage gekommen wäre, so habe man verständige und mit den örtlichen Verhältnissen wohlbekannte Männer versammelt, um ihnen die neuen Verordnungen zur Prüfung vorzulegen. Dann folgte die Versicherung, daß das neue System auf sorgfältiger Untersuchung der Verhältnisse beruhe. Eine Abänderung desselben werde hier nicht beabsichtigt, vielmehr bezwecke man nur Mißverständnisse zu heben und die Berufenen in den Stand zu setzen, nach ihrer Rückkunft in

die Provinzen auf die allgemeine Stimmung heilsam zu wirken und Vertrauen und Folgsamkeit zu begründen. „Das neue System,“ fuhr Hardenberg fort, „das einzige, wodurch Wohlstand begründet werden kann, beruht darauf, daß jeder Einwohner des Staates, persönlich frei, seine Kräfte auch frei entwickeln und benutzen könne, ohne durch die Willkür eines Andern daran behindert zu werden; daß niemand einseitig eine Last trage, die nicht gemeinsam und mit gleichen Kräften getragen werde; daß die Gleichheit vor dem Gesetz einem jeden Staatsunterthan gesichert sei, und daß die Gerechtigkeit streng und pünktlich gehandhabt werde; daß das Verdienst, in welchem Stande es sich befinde, ungehindert emporstreben könne; daß in die Verwaltung Einheit, Ordnung und Kraft gelegt werde; daß endlich durch Erziehung, durch echte Religiosität und durch jede zweckmäßige Einrichtung Ein Interesse und Ein Sinn gebildet werde, auf dem unser Wohlstand und unsre Sicherheit begründet werden könne.“

Diese Rede hatte nur bei einigen der Berufenen Erfolg. Die Einsichtigeren unter den Privilegirten gaben zu, daß von einer Rückkehr zu den alten ständischen Corporationen kein Heil zu erwarten, aber auf den ganzen Reformplan einzugehen hatten nur sehr wenige Neigung. Die Partei der äußersten Rechten dagegen verwarf mit trotzigem Ungestüm alles, was der Staatskanzler im Auge hatte. Sie erhoben bittere Beschwerden, pochten laut auf ihr altes Recht und bestürmten Hardenberg mit schriftlichen Vorstellungen um Rückkehr zu dem Bisherigen. Der Minister antwortete darauf anfangs in versöhnlichem Tone zuletzt aber ließ er diese Beschwerdeschriften, da sie immer maßloser und unverständiger wurden, unerwidert. Die Notabeln erreichten unter sich selbst keine Einigung, sie vertrugen sich nicht mit der Regierung, zuletzt ging man ohne ein anderes Ergebnis als größere Verbitterung auseinander. Statt Vertrauen in die Provinzen zurückzubringen, verpflanzte man bei seiner Heimkehr die eigne Unzufriedenheit und den gesteigerten Verdruß in die Gemüther der dort gebliebenen Standesgenossen. Bald trat die Folge dieser Wühlerei der Feudalen in verschiedenen Beschwerdeschriften der Rittergutsbesitzer zu Tage, die sich über den Minister hinaus, an den König selbst wendeten. Die stärkste und frechste derselben war die, welche die Stände des Lebus-Storkow-Beeskower Kreises, an der Spitze den Grafen Finkenstein und den bekannten feudalen Heißsporn von der Marwitz, an den König abgehen ließen. Der letztere übergab sie dem Staatskanzler, welcher seine Meinung über deren Inhalt in verschiedenen Randbemerkungen aussprach. Dieser Protest gegen das ganze Reformwerk Hardenbergs ist so charakteristisch und lehrreich, daß wir seinen Hauptinhalt mit den kritischen Glossen Hardenbergs hier folgen lassen. Man weiß in der That nicht, über was man mehr staunen soll, ob über die Thorheit oder über die Unverschämtheit seiner Urheber.

Die Stände sagten: „Wir hatten eine Verfassung, die den Zeiten angemessen

war, in denen sie sich gebildet hatte. (Glosse Hardenbergs: „Wohl jenen Zeiten der verfloffenen Jahrhunderte, aber nicht den gegenwärtigen, die so sehr verschieden sind, nicht den Zeiten des preussischen Königreichs!“) Wir hatten eine Folge von weisen und wohlwollenden Regenten in einer Folge von Jahren des Glücks und Wohlstandes; wir überließen uns ihrer weisen Führung mit dem unbeschränktesten Vertrauen, und die Formen unsrer Verfassung fanden keine Gelegenheit hervortreten, (Glosse: „Die preussischen Regenten seit mehr als einem Jahrhundert würden dieses Hervortreten veralteter, nicht mehr passender Formen auch nicht gestattet haben.“) deswegen, weil niemand ihrer zur Erhaltung seines Glücks und bürgerlichen Wohlstandes bedurfte, ja sie wären vielleicht ganz in Vergessenheit gerathen, wenn nicht diese Regenten selbst, mehr aus eignem wohlwollenden Antriebe, als durch unsre Stimmen vermocht, bei allen Gelegenheiten sie beachtet hätten, wo Einrichtungen zu treffen waren, die unsre Gerechtsame berührten.“ (Glosse: „Dies ist keineswegs gegründet. Wenn die Stände bei neuen Gesetzen und Einrichtungen um ihre Meinung befragt wurden, wo es die Regenten für gut fanden: so geschah dies bei den wichtigsten Fällen, besonders bei Auflagen, gar nicht. Fragte Friedrich der Zweite, als er die Regie einführte? Fragten die Könige, seine Vorfahren und Nachfolger, in so vielen andern Fällen?“) „Wir fügten uns also jedesmal mit Freuden in die Vorschläge der Regierung (Vorschläge und der alte Fritz oder sein Vater!) und lebten solchergestalt ruhig unter einer beglückten Vormundschaft.“

Dann rechnen die Stände vor, wie sie im letzten Kriege, während ihre Provinz in den Händen des Feindes und ihre Söhne oder Brüder unter den Fahnen des Königs (Glosse Hardenbergs: „Bei den Unterschriebnen paßt dies auf Wenige und steht hier überhaupt am unrichtigen Orte“) in den entferntesten Provinzen versammelt gewesen, alle Angelegenheiten selbst besorgen gemußt. Sie rühmen sich, mit Aufopferung ihres Vermögens die Besitzungen des Königs erhalten zu haben. (Glosse: „Wie? Mit Aufopferung Eures Vermögens? — Ihr littet durch den Krieg und leidet noch durch den Druck der Zeitumstände, Ihr machtet große Schulden auf die Provinz, aber wo opfertet Ihr Euer Vermögen? Das, was auf die Ausschreibungen von Euch gezahlt wurde, und wobei der sogenannte contribuablen Stand den Prägravationen nicht entging, war so beträchtlich nicht. Ganz anders waren die Aufopferungen Preußens und Schlesiens.“) Sie führen an, wie sie das alte Grundgesetz der Kurmark, die Unveräußerlichkeit der Domänen, mit Freuden gelöst hätten, wie man ihnen aber trotzdem in ihrer Noth nicht zu Hilfe gekommen sei. Sie hegen die Ueberzeugung, daß pecuniäre Opfer jetzt zwar unvermeidlich seien, daß aber nichts verloren sei, so lange die Gesetze des Landes und die Heiligkeit der Verträge aufrecht erhalten würden. Der Grund des Uebels, fahren sie fort, liege in

der Annahme fremder Gesetze und Gebräuche. (Glosse: „Der wahre Grund des Uebels soll also darin liegen, daß man nicht alten Vorurtheilen und Exemptionen einer geringen Anzahl von Staatsbürgern huldigt.“) Sie hatten sich schon glücklich gepriesen, daß die fremden Grundsätze im preussischen Staat keinen Eingang gefunden, (Glosse: „Nicht fremde Grundsätze haben bei uns Eingang gefunden, sondern bessere, billigere, wodurch das Wohl aller Staatsbürger, nicht bloß eine Kaste bezweckt wird.“) und meinen nun, wenn man nur beim Alten bleibe, würde sich der Verlust an Macht leicht ersetzen.

Die herrschende Geldnoth schreiben sie zwar ihrer eignen Unkenntniß der öffentlichen Geschäfte zu, (Glosse: „Und doch wollt Ihr Mitregenten Eures Königs sein!“) machen aber doch die Landesbehörden dafür verantwortlich, da diese sie in den schwierigsten Augenblicken sich selbst überlassen hätten. Ferner will es ihnen scheinen, als ob der vielfach zu Tage getretene Mangel an Patriotismus nur davon herrühre, daß der Staat sich seinen Bürgern nicht genug offenbare. (Glosse: „Wann offenbarte sich der Staat seinen Bürgern am meisten? Etwa in den Zeiten, die Ihr preiset, oder jetzt? Wo dieses noch nicht vollständig geschieht, stehen politische Hindernisse entgegen. Wer sind aber die Bürger des Staates? Doch nicht bloß die Rittergutsbesitzer?“)

In Bezug auf die Edicte vom 27. und 28. October sagen sie, daß ihre bisherige Meinung, es solle bei den nothwendigen Verbesserungen auf gesetzmäßigem Wege vorgegangen, das heißt, die Zustimmung der Landstände eingeholt werden, dadurch zu einem bloßen Traume geworden sei. (Glosse: „Diese unehrerbietige Aeußerung über Verordnungen Sr. Maj. des Königs verdient die schärfste Rüge.“) Durch diese Edicte würden Land und Städte ihrer bisherigen einzig gesetzlichen Repräsentation beraubt, der brandenburgisch-preussische Staat aufgelöst und alle Exemptionen und Freiheiten (Glosse: „Darin liegt es, daß Exemptionen und Freiheiten wegfallen sollen! Hier werde der oben gerühmte Patriotismus, hier die gepriesene Selbstverleugnung nur angewendet! — Uebrigens sollen die Veränderungen in der Gesetzgebung und Steuerverfassung gerade der Revolutionirung zuvorkommen, die durch Fortsetzung des Drucks der Menge und der Befriedigung einiger Begünstigten entstehen möchte.“) nicht etwa geschenkt, sondern ursprünglich vertragmäßige und durch königliches Wort geheiligte, mit einem Federzug vernichtet und eben dadurch jene fremden Grundsätze auch in diesem Lande „zu dessen Revolutionirung eingeführt worden seien.“ Habe man einmal gegen die Gesetze gehandelt, so werde es in Zukunft öfter geschehen. Man werde sich auf das Frühere berufen und „einen jeden Eingriff in das Eigenthum der Unterthanen dadurch sanctioniren wollen, bis endlich auch dem Volke die Scheu vor den Gesetzen entweichen und es Gewalt ausüben wird, sobald es dieselbe erlangt haben wird.“ (Glosse: „In Oberschlesien haben wir vor Kurzem erlebt, daß das Volk Gewalt wegen des guts-

herrlichen Druckes ausübte. Das wird es nicht gegen die Regierung, die das Wohl Aller gleich beherzigt und befördert.“)

Ueber die verheißene Repräsentation sagen sie, daß „eine gegebene keine sei. (Glosse: „Also wohl eine Repräsentation, wie sie die ritterschaftlichen Gutbesitzer wollen und vorschreiben.“) Sie nennen sie ein Experiment und glauben, daß in Zukunft jeder neue Regent oder Minister eine Verfassung nach seiner Art geben werde. (Glosse: „Diese Aeußerungen sind höchst unschicklich und strafbar in einer Vorstellung an den König.“)

„Da ihnen nichts anderes übrig bleibt, so unterwerfen sie sich dem Zwang, den der König durch seine Zustimmung sanctionirt hat. (Glosse: „Wie ist diese Erklärung an den Souverän zu betrachten?“) Aber sie legen gegen diesen Zwang Verwahrung ein. Sie wollen sich ihrer wohlervorbenen und festbegründeten Gerechtsame nicht begeben und erachten sie als zu Recht bestehend, bis der König einen Vertrag über die Veränderung mit ihnen abgeschlossen hat. Von den Folgen, welche die Einführung der fremden Grundsätze für Land und Herrscherstamm haben müsse, sagen sie sich völlig los, da ihre Warnungen nicht gehört worden sind. Sie beklagen, daß nicht Einheimische das Land regieren, vielmehr junge Fremdlinge, welche nur auf Gelderwerb und die Emporbringung ihrer Person hinarbeiten, die Minister influiren und an dem preussischen Staat die Probe mit ihren neumodischen Theorien machen.“ (Glosse: „Diese Stellen sind höchst anmaßend und unverschämt. Sie beleidigen in dem Minister die höchste Person des Königs und greifen diese an, da nur von dieser jener seine Autorität hat, die durchaus aufrecht erhalten werden muß, wenn er wirken soll. Dergleichen Behauptungen von Influenz sind mir übrigens nicht neu. Ich habe sie oft in Beziehung auf mich und Andere erlebt. Sie sind ebenso unwahr als ungerecht.“)

Die Herren Ritter verwerfen sodann die Gewerbefreiheit und sprechen ihr jeden Erfolg ab, da Absatz und Sicherheit nach außen fehle. Die „Gleichbarmachung“ der Stände erscheint ihnen weiter sehr bedenklich; denn „eine Monarchie könne ohne einen Mittelstand nicht bestehen, weil der Mittelstand die Masse theile und so ihre Beherrschung erleichtere.“ (Glosse: „Allerdings ist die Gleichmachung aller Stände vor dem Gesetz und in Rücksicht auf Abgaben die gerechte Tendenz. Wer nimmt sonst dem Edelmann seinen Adel? Er bewähre ihn durch vorzügliche Bildung, durch Patriotismus, durch edle Thaten, dann werden ihm immer Vorzüge genug bleiben. Der hier als nothwendig geschilderte Mittelstand wird sich von selbst bilden. Es bedarf dazu keiner Exemptionen. Bin ich weniger Edelmann, wenn ich mit meinen Mitbürgern gleiche Lasten trage, wenn ich über diese keinen schädlichen Druck ausüben darf?“)

Ueber die Tendenz der Mobilisirung alles Grundeigenthums, die sie dem Minister schuld geben, sprechen sie sich folgendermaßen aus: „Alles soll gekauft

und verkauft werden und in den Handel und Wandel kommen, und doch ist es gerade der Grundbesitz, der am festesten an den Staat knüpft, der Kaufmann befindet sich überall gleich wohl. Die doppelte Tendenz leuchtet aus allen Verordnungen und Schriften, die E. K. M. Minister ausgeben, hervor. Schon giebt man uns und unsern Besitzungen den Namen nicht mehr, der uns zukommt, weil man ihn zu gut für uns hält. Der uns mitgetheilte Entwurf zu einem Edicte über die bürgerlichen Verhältnisse untereinander redet von den großen ländlichen Besitzungen, die man sonst wohl Rittergüter nennt. Den Juden hingegen (Glosse: „Diese ganze Tirade ist ebenso ungerecht als unpassend.“) giebt man auch ihren Namen nicht mehr, aber aus dem entgegengesetzten Grunde, nämlich, weil man ihn zu schlecht für sie hält. In der Verordnung, wo ihnen Grundeigenthum zu acquiriren erlaubt wird, hießen sie die Bekenner der mosaischen Religion. Diese Juden — wenn sie ihrem Glauben treu, sind sie die nothwendigsten Feinde eines jeden bestehenden Staates, wenn sie ihrem Glauben nicht treu, sind sie Heuchler — haben die Masse des Geldes in ihren Händen; sobald aber das Grundeigenthum so in seinem Werthe gesunken sein wird, daß es für sie mit Vortheil zu acquiriren ist, wird es sogleich in ihre Hände übergehen, sie werden als Grundbesitzer die Hauptrepräsentanten des Staates und so unser altes ehrliches brandenburgisches Preußen ein neumodischer Judenstaat werden. Wir wagen es zu sagen, daß, wenn die Grundsätze der Willkür, der Gleichmachung der Stände und der Mobilisirung des Grundeigenthums wirklich durchgeführt werden, nun keine Rettung für diesen Staat und für E. K. M. hohes Haus mehr erscheint. Der mit seinem Eigenthum stets handelnde Grundbesitzer ist losgerissen vom Staat und will dahin, wo mehr Geld zu erwerben ist. Dadurch wird Alles Speculation, und mit dem Verfall des Ackerbaus tritt allgemeine Nahrungslosigkeit ein. Die Gleichmachung aller Stände macht die untern ungebildeten trotzig, sie sehen nur sich und den Werth ihrer Person, niemand über sich.“

Folgt dann zum Schluß, daß man, betrübt zwar, aber treu an der Seite des Königs in den kommenden schrecklichen Zeiten ausharren und für ihn kämpfen wolle, „wie unsre Ahnen (die Quisows, die Kochows und Ipsenbliz vermuthlich) gekämpft haben.“

Die Glossen des Staatskanzlers waren richtig. Daß er Finkenstein und Marwitz für ihre losen Reden nach Spandau bringen hieß, gefällt uns weniger und mußte die Hoffnungen auf die verheißene Repräsentativverfassung beträchtlich schwächen. Die Herren hatten sehr unverständlich perorirt, aber — du sollst auch dem Ochsen, der da drischt, das Maul nicht verbinden.

Uebrigens war Hardenberg doch wankend geworden. Er machte, nachdem Ende Juni eine neue Versammlung ständischer Deputirter nach Berlin berufen worden, nicht unerhebliche Zugeständnisse und sprach jetzt sogar davon, daß die

Fürsorge des Staates vorzüglich auf Erhaltung des Grundbesitzes gerichtet sei, womit sich dieselben einigermaßen beruhigten, so daß es wenigstens nicht wieder zu offenen Zerrwürfnissen kam.

Zwar bezeichnete der Staatskanzler, als dann im September eine dritte Notabelnversammlung zusammentrat, in seiner Eröffnungsrede es als einen „Frevel“, die Grundlagen der neuen Reformen erschüttern zu wollen, und erklärte mit Bestimmtheit, er werde seinem System unwiderruflich treu bleiben, da es seiner innersten Ueberzeugung nach für die Wiedergeburt des Staates nothwendig sei. Zwar schloß er mit den Worten: „Sollten einige Bestimmungen nicht die allgemeine Zufriedenheit hervorbringen, die sie verdienen, so wird die Erfahrung doch bald das Heilsame derselben bewähren. Dem Egoisten, dem kleinen Tyrannen, der auf sklavische Abhängigkeit seines Nebenmenschen Werth setzen könnte, bleibt unsre Verachtung.“ Zwar theilte er dann das folgen- und segensreiche Edict vom 14. September mit, welches die Erb- und Zeitpächter der Rittergüter gegen Abtretung eines Theils des zu ihrem Gehöft gehörigen Landes zu Eigenthümern des Restes machte und die Hofdienste ablöste. Zwar schuf er noch manches treffliche Gesetz. Aber die rechte Consequenz fehlte doch. Vieles Verheißene kam nicht völlig, anderes nur provisorisch zum Leben, das Wichtigste blieb frommer Wunsch: die Repräsentativverfassung blieb aus und ließ so lange er regierte und, wie bekannt, noch manches Jahr später, auf sich warten. Die Feudalen hatten nicht umsonst gegen ihn gekämpft. Er war und blieb ein halber Mann, ein halber Liberaler.

„Was man will,“ schreibt Häuffer einem bedeutenden Mann damaliger Zeit nach, „muß man ganz wollen, entweder vollkommenen Feudalismus oder vollkommene Repräsentation. Es war der Fehler Hardenbergs, daß er zwar das erste Moment entschieden bekämpfte, aber ohne sich zu dem zweiten rückhaltlos zu bekennen.“

---

## Das älteste Christenthum und seine Literatur.

### 5. Der Anfang des Christenthums.

Das Christenthum geschichtlich begreifen, heißt, es in den Zusammenhang der ganzen weltgeschichtlichen Entwicklung stellen, den Elementen nachgehen, welche seine Entstehung bedingten, den allmältigen Proceß verfolgen durch